

<b>Protokoll:</b>	<b>Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	10
		<b>TOP:</b>	3
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	
		<b>GZ:</b>	
<b>Sitzungstermin:</b>	11.02.2022		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BM Fuhrmann		
<b>Berichterstattung:</b>	Herr Kroll, Herr Eisenhardt (beide in.Stuttgart)		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Sabbagh / pö		
<b>Betreff:</b>	<b>"Beim Historischen Volksfest unsere Vergangenheit nicht ausblenden!"</b> <b>- Antrag Nr. 4/2022 vom 18.01.2022 (CDU)</b> <b>- mündlicher Bericht -</b>		

Der im Betreff genannte Antrag ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

Herr Kroll erinnert an den Erfolg des Historischen Volksfestes 2018. Dabei weist er insbesondere darauf hin, dass die Veranstaltung mit der gleichen hohen Qualität weiterentwickelt werden solle, wobei die Kernpunkte erhalten bleiben sollten. Wie in den Protokollen des WA am 01.03.2019 und 08.10.2021 dargelegt, solle, gerade wenn eine historische Attraktion aus dem Schaustellerbereich nicht mehr in den Zeitgeist passe - dies gelte insbesondere für Diskriminierungen - sensibler vorgegangen werden. Ähnliches gelte für die Thematisierung der Gründung des Festes, hier werde die Thematik der Monarchie mitbetrachtet, aber zugleich auch bewertet.

Herr Eisenhardt erläutert den aktuellen Sachstand der Planung anhand der Präsentation.

Für die Präsentation und die Vorbereitung des Historischen Volksfestes bedankt sich BM Fuhrmann. Er betont nochmals ausdrücklich, hier werde Tradition lebendig, doch gehe es keinesfalls um die Verklärung der Monarchie.

Die Vertreter der Fraktionen danken für die Ausführungen.

Für die Antragsteller erinnert StRin Porsch (CDU) an den im Zusammenhang mit dem im WA gefassten Beschluss, das Historische Volksfest zu wiederholen, geäußerten Wunsch, dass das fertige Konzept im WA vorgestellt werden solle. Sie begründet den Antrag ihrer Fraktion.

StR Pitschel (90/GRÜNE) zeigt sich erfreut sowohl über die Veranstaltung an sich als auch über die Debatte, wie man in Stuttgart mit der Geschichte der Stadt umgehen wolle. Zweifellos bestehe die weit überwiegende Mehrheit des Gemeinderats aus überzeugten Republikaner\*innen, dennoch präge das Erbe des Königreichs Württemberg in Teilen sozial, kulturell und politisch weiterhin die Stadt. Um die monarchische Zeit in die Stadt einordnen zu können, sollte man die Ausstellung im Stadtpalais zu König Wilhelm II. besuchen. Seine Fraktion vertrete die Ansicht, dass Schauspieler\*innen in Kostümen selbstverständlich Bezüge zum historischen Kontext herstellen dürften. Gegenüber seiner Vorrednerin merkt er an, er könne den Oberbürgermeister nicht verstehen, wenn dieser am Vorabend einer Diskussion im Gemeinderat eine Pressemitteilung veröffentliche, die suggeriere, dass es für relevante Teile des Gemeinderats - tendenziell sogar mehrheitsfähig - infrage käme, dass der Gemeinderat vorgebe, dass König und Königin nicht auf dem Historischen Volksfest auftreten dürften. Im Zuge dieser Desinformation müsse man sich nicht wundern, dass diese Debatte so stark polarisiere. OB Dr. Nopper wende sich in der Pressemitteilung gegen eine Verklärung der Monarchie und halte direkt im Anschluss ein sechszeiliges Loblied auf die vermeintlich glorreiche Regentschaft von König Wilhelm I. Ähnliches habe er in der zeitgenössischen Rezeption der württembergischen Monarchie noch nie erlebt. Es tue der politischen Kultur nicht gut, denn der Oberbürgermeister sei nicht nur Oberbürgermeister, sondern auch Vorsitzender des Gemeinderats und als solcher verpflichtet, den Gemeinderat angemessen nach außen zu vertreten und gegebenenfalls zu einen und zu moderieren. Hierfür seien Aktionen wie am Vorabend absolut hinderlich. Er würde sich freuen, wenn diese Botschaft an OB Dr. Nopper übermittelt würde. BM Fuhrmann sagt ihm dies zu.

Im Namen seiner Fraktion bewertet auch StR Conzelmann (SPD) das Konzept als sehr gut. Schon beim ersten Historischen Volksfest habe die Prämisse gegolten, dass es im historischen Kontext auf keinen Fall rassistische oder sexistische Darstellungen geben dürfe, der historische Bezug jedoch - und ohne die Monarchie zu verklären - unangetastet bleibe. An dieser Stelle lobt er explizit die Arbeit des Volksfestvereins. Er schließt sich den Ausführungen seines Vorredners zum Vorgehen des Oberbürgermeisters an, das auch in seiner Fraktion sehr kritisch gesehen worden sei. Mit der Pressemitteilung am Vortag des Ausschusses habe OB Dr. Nopper den auf Antrag der CDU-Fraktion aufgenommenen Tagesordnungspunkt entbehrlich gemacht. In den Augen seiner Fraktion sei es "Scheinspolitik auf höchstem Niveau", wenn OB Dr. Nopper über die Pressestelle kommuniziere, statt in den Ausschuss zu kommen.

StR Rockenbauch (Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) merkt an, seine Fraktion habe Zustimmung zur aktuellen Vorlage signalisiert, da sie das erste Historische Volksfest trotz ihrer zunächst grundsätzlich skeptischen Haltung überzeugt habe. Die in Stuttgart habe die nötige Sensibilität gegenüber den kolonialgeschichtlichen Darstellungen, die nur an einem Stand problematisch gewesen seien, bewiesen. Doch sei seiner Fraktion bei solch historischen Festen wichtig, dass Geschichte nicht nur dargestellt, sondern eingebettet und vom aktuellen Standpunkt der Demokratie aus bewertet werde. Ihm sei es um eine klare Kritik an der Monarchie - nicht an kostümierten Perso-

nen, sondern am System - gegangen. Dies könne man mit kostümierten Personen nicht umfassend vermitteln. Für die Überwindung dieses Systems hätten Kräfte gestritten und so ein liberaleres Württemberg erkämpft, doch seien diese Personen nicht kostümiert vertreten. Damit werde die Geschichte auf dem Fest nur teilweise abgebildet.

Auf das Recht auf eine eigene Meinung, das auch für den Oberbürgermeister gelte, weist StR Neumann (FDP) hin. Er habe den Eindruck, dass der Gemeinderat alles, was Spaß mache, verkopft totrede. Das vorgestellte Konzept sei schlüssig. Und die Bezeichnung mache doch deutlich, dass es neben dem musealen auch einen Festcharakter gebe. Er habe die Debatte im Gemeinderat anders in Erinnerung, als sie in der Presse dargestellt worden sei. Und im Übrigen halte er die Diskussion für völlig übertrieben.

Letzteres bestätigt auch StR Puttenat (PULS). Im Kontext stecke durchaus gesellschaftliche Substanz, doch komme bei ihm keine Empörung auf. Wenn der Vorgang dazu geführt habe, dass bei sensiblen Themen künftig genauer hingeschaut werde, sei dies sehr begrüßenswert.

StR Schrade (FW) schließt sich den Äußerungen von StR Neumann uneingeschränkt an. Er halte es für übertrieben, mögliche schulische Versäumnisse in Bezug auf die Geschichte im Rahmen eines solchen Festes aufzuarbeiten.

Auch StR Köhler (AfD) sieht eine Mehrheit im Ausschuss, die das nostalgische Fest nicht mit einem politischen Erziehungsauftrag verbinden wolle.

An StR Rockenbauch gewandt erklärt StRin Porsch, man sollte das Fest nicht überfrachten. Sie bittet nach den Wortmeldungen aber festzuhalten, dass die Mehrheit im Ausschuss es nicht so sehe wie StR Rockenbauch. Und StR Currle (CDU) ergänzt, es sei Konsens, dass man die Monarchie nicht mehr zurückwolle. Doch hätten König Wilhelm I. und seine Frau Katharina das Land, das sie als "Armenhaus" übernommen hätten, in drei Jahren vorangebracht und auch viel Gutes bewirkt, so seien z. B. das Katharinenhospital und das Katharinenstift, die Hochschule Hohenheim und die Weinbauschule Weinsberg gegründet worden. Seiner Ansicht nach sollte man zwischen guten und schlechten Monarchien differenzieren.

StR Rockenbauch betont nochmals, er habe nichts dagegen, dass die Könige auf dem Fest aufträten. Doch dürfe dies nicht das Einzige sein, wenn der Anspruch bestehe, auf dem Fest Geschichte zu vermitteln. Dann dürfe man nicht nur das Schöne, sondern müsse auch das Hässliche zeigen. Letzteres sei strukturell und systemisch. Was die Pressemitteilung von OB Dr. Nopper anbelange, so habe dieser natürlich das Recht, seine Meinung darzulegen. Doch halte er es für problematisch, wenn er einen gar nicht vorhandenen Konflikt kommentiere bzw. Argumentationen absichtlich ins Absurde führe, um dem politischen Gegenüber zu schaden.

StRin Fischer (90/GRÜNE) erinnert nochmals daran, dass man ein Historisches Volksfest veranstalte, das Spaß machen solle. Natürlich spiele die Historie eine Rolle, doch werde dort kein Geschichtsseminar stattfinden. Ausgangspunkt der Debatte sei ja gewesen, dass besonders diskriminierende Darstellungen aus früherer Zeit heute nicht mehr gezeigt werden sollten.

BM Fuhrmann schließt sich an. Nun sollte die Grundsatzdebatte beendet werden. Er lobt das von der in.Stuttgart ausgearbeitete Konzept, bei dem sie ein sensibles Vorgehen

hinsichtlich Diskriminierung bewiesen habe. Natürlich werde man sich realistisch mit der Geschichte auseinandersetzen und sie nicht verklären. Gleichzeitig könne man nicht ausschließen, dass es Punkte gebe, an denen man Anstoß nehmen könne. Auch er wolle den Festcharakter im Vordergrund sehen.

Er hält abschließend fest, dass der Ausschuss nach Kenntnisnahme des Berichts am vorgestellten Konzept festhalten will.

Zur Beurkundung

Sabbagh / pö

## Verteiler:

- I. Referat WFB  
zur Weiterbehandlung  
in.Stuttgart  
Stadtkämmerei (2)  
VMS
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. Referat AKR  
Kulturamt (2)
  3. Referat SOS  
Amt für öffentliche Ordnung
  4. BVin Mitte
  5. Amt für Revision
  6. L/OB-K
  7. Hauptaktei
  
- III.
  1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
  2. *CDU-Fraktion*
  3. *SPD-Fraktion*
  4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION  
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
  5. *FDP-Fraktion*
  6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
  7. *Fraktion FW*
  8. *AfD-Fraktion*

*kursiv = kein Papierversand*